

Rede zum Kinderbildungsgesetz (Plenarsitzung vom 17.04.2008)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Asch. – Als Nächster ist der fraktionslose Abgeordnete Sagel an der Reihe.

Rüdiger Sagel (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Die Autosuggestion bei der Regierungskoalition ist wirklich erstaunlich. Herr Minister Laschet, wenn ich das alles höre, kann ich nur sagen: Sie haben einen Kiebitz.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Schon nach dem Entwurf des Gesetzes musste massiv nachgebessert werden. Damals habe ich gesagt: Hallo! Die CDU hat etwas gemerkt. – Aber offensichtlich haben Sie noch nicht genug gemerkt.

Die aktuelle Studie über die Kindergartenkosten weist eine enorme Gerechtigkeitslücke in NRW aus, die durch das Kinderbildungsgesetz, das sogenannte KiBiz, noch verschärft wird. Herr Laschet, es handelt sich gerade nicht um Zahlenakrobatik. Diese Studie hat glasklar festgestellt: Ausgerechnet Städte mit angespannter Haushaltslage und ohnehin schon großen sozialen Problemen verlangen für die Kinderbetreuung besonders hohe Gebühren – und werden sie, wie man heute in der Zeitung nachlesen kann, in Zukunft noch weiter erhöhen. Reiche Gemeinden können es sich leisten, die Beträge niedrig zu halten. Wenn die Schwankungsbreite für Beiträge in NRW bei geringverdienenden Eltern zwischen 240 € im reichen Düsseldorf und 600 € im 60 km entfernten armen Gelsenkirchen liegt, ist das unsozial.

Die Festschreibung der Höhe des Elternbeitrags für die Kita-Betreuung auf 19 % in Verbindung mit dem Wegfall des Elternbeitragsdefizitausgleichs durch das Land führt zudem zu weiteren deutlichen Mehrbelastungen für Eltern und Kommunen.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Außerdem werden die Betreuungsstandards deutlich schlechter, unter anderem durch die Vergrößerung der Gruppen in den Kitas.

Die hohen Beiträge treffen nicht nur Familien mit geringen Einkommen – sie wissen oft nicht, dass sie auf Antrag Ermäßigung erhalten können –, sondern vor allem auch Familien mit mehreren Kindern.

Das sind die Auswirkungen. Konsequenzen wie Personalabbau, schlechtere Löhne für die Erzieherinnen und verringerte Betreuungszeiten sind untragbar.

Die schwarz-grüne Koalition ... Entschuldigung; die schwarz-gelbe Koalition ...

(Allgemeine Heiterkeit)

– Ich gucke nun einmal mit Interesse, was in Hamburg beschlossen wird. Aber vielleicht werden wir das hier demnächst ja auch noch erleben. – Die schwarz-gelbe Koalition der Kindergartenkosten-erhöher schafft unhaltbare Zustände in NRW und muss gestoppt werden. Statt die Kindergartenbeiträge zu erhöhen, muss man sie bis auf null senken, wie das zum

Beispiel in Heilbronn der Fall ist. Erst dann haben wir ein wirklich kinderfreundliches NRW. Das Ganze ist unterfinanzierter Mist – Vogelmist; dabei bleibt es.

Es ist zudem ein schlampiges Gesetz. Bei den Planungen für die Betreuungszeiten im Rahmen des neuen Kinderbildungsgesetzes lag das Familienministerium bei den jüngsten Kindern am stärksten daneben. Statt 20 % der Eltern wollen in den Krippengruppen 77 %, dass ihre Kinder im kommenden Kindergartenjahr im Umfang der Höchstzahl von 45 Stunden pro Woche betreut werden. Das sind deutliche Fehleinschätzungen.

Besonders groß ist die Betroffenheit bei Elterninitiativkindergärten. Wir erleben zum Beispiel in Münster, dass jetzt die ersten vier Einrichtungen geschlossen werden müssen. Gerade von diesen Elterninitiativkindergärten werden Eltern gedrängt, ihre Kinder für längere Betreuungszeiten anzumelden. Das ist auch ein wesentlicher Grund und ein großer Fehler Ihres Gesetzes.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege.

Rüdiger Sagel (fraktionslos): Ich bin fertig.

Vizepräsident Edgar Moron: Wunderbar. Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Jetzt hat für die Landesregierung Herr Minister Laschet noch einmal das Wort.